

Zeitschriften

Theologie und Religion

PHAN, PETER C., Kingdom of God: A Theological Symbol for Asians? In: *Gregorianum* Jhg. 79 Heft 2 (1998) S. 295–322.

Inwieweit kann der Reich-Gottes-Begriff Ausdruck für die Entwicklung einer dem asiatischen religiösen und sozialen Kontext angepaßten christlichen Theologie sein? Dieser Frage geht der Autor in Aufnahme verschiedener Ansätze asiatischer Theologen nach. Gerade angesichts des als konfuzianisches Erbe in Asien verbreiteten Patriarchalismus und Autoritarismus müsse die Verkündigung vom Reich Gottes von ihren patriarchalischen und autoritären Konnotationen befreit werden. Es sei wichtig, aber nicht leicht, im Kontext der asiatischen Religionen zu vermitteln, daß das Reich Gottes soziopolitische und ökonomische Dimensionen habe. Hauptadressaten der Botschaft vom Reich Gottes in Asien müßten die Armen sein, die gleichermaßen tief religiös sind. Deswegen müsse christliche Mission in Asien in gleicher Weise Inkulturation und Befreiung als zwei Seiten einer Medaille sein. Die Verkündigung des Reiches Gottes bleibe abstrakt, wenn dabei nicht dessen Feinde und Gegenkräfte klar identifiziert und beim Namen genannt würden, in Asien vor allem das ungezügelte Setzen auf den politischen und wirtschaftlichen Vorteil. Schließlich brauche es eine Vermittlung zwischen dem christlichen und dem ausschließlich innerweltlichen konfuzianistischen Verständnis von Heil und Erfüllung.

LUDWIG, MATTHIAS. Zwischen Strukturwandel und Anpassung. Neue Nutzungen für alte Kirchen in Deutschland. In: *Pastoraltheologie* Jhg. 87 Heft 6 (Juni 1998) S.204–221.

Die Instandhaltung aller Kirchengebäude in den neuen Bundesländern ist eine Herausforderung, die kaum zu bewältigen sein dürfte. Aufgrund der Deckungslücken kirchlicher Haushalte stellt sich inzwischen auch in den alten Ländern verschärft die Frage nach der zukünftigen Nutzung von Kirchenräumen. Der evangelische Theologe und Kunsthistoriker Ludwig plädiert deshalb für eine „konzertierte Aktion von Kirche, Gesellschaft und Politik“, um ein

staatliches Kirchenbauprogramm oder zumindest die Einrichtung einer „Großstiftung für kirchliche Kulturdenkmale“ ins Leben zu rufen. Nur so könne der „drohende, irreparable Verlust eines großen Teils unserer abendländischen Kultur und Geschichte“ abgewendet werden. Aber auch die Kirchen selbst sollten sich intensiver als bisher darüber Gedanken machen, welche Formen des Kirchenumbaus akzeptabel seien. Wo der Einbau eines Gemeindezentrums verwehrt ist, sei die Umwidmung der Kirche in ein Gebäude für kulturelle Zwecke die beste Lösung, weil sie den öffentlichen Charakter des Kirchenraumes bewahre. Da dies angesichts der angespannten Finanzlage von Bund, Ländern und Gemeinden auch nur im begrenzten Umfang möglich sein wird, müßte auch ein Verkauf an Investoren mit privat-kommerziellen Interessen in Erwägung gezogen werden. Zwar sollte man Kirchen nicht „meistbietend und ohne jegliche Auflagen“ veräußern. In jedem Fall seien jedoch Abriß oder Verfall zu verhindern: „Zuvor sind alle nur irgend denkbaren – und auch (noch) nicht denkbaren – Möglichkeiten zu erkunden, wie das einzelne Gebäude einer zumindest weiterhin öffentlichen Funktion zugeführt werden kann.“

Kultur und Gesellschaft

STOLL, GEORG, Religion und Laizismus in der Türkei. In: *KAS/Auslandsinformationen* Jhg. 14 Nr. 5 (1998) S. 19–43.

Der Beitrag gibt einen instruktiven Überblick zu den religiösen Minderheiten in der Türkei: muslimische Sondergruppen wie die Aleviten, Juden und Christen. Während zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf dem Gebiet der heutigen Türkei etwa ein Fünftel der Bevölkerung Christen waren (vor allem Armenier und Griechisch-Orthodoxe), beträgt der christliche Bevölkerungsanteil derzeit nur noch verschwindende 0,2 Prozent. Die Rechtsstellung der christlichen Minderheiten in der Türkei ergibt sich teilweise aus dem Lausanner Vertrag von 1923; allerdings sind die darin garantierten Minderheitenrechte de facto deutlich eingeschränkt. Der Autor macht auf das religionspolitische Grundproblem der heutigen Türkei aufmerksam: Der tür-

kische Staat, der sich immer wieder als laizistisch bekenne, habe zugleich die Mehrheitsreligion, den sunnitischen Islam, zur Förderung der nationalen Einheit instrumentalisiert und so die eigene Religionsneutralität aufgegeben. Die massive finanzielle Bevorzugung des sunnitischen Islam manifestiere sich vor allem in der Praxis des Präsidiums für religiöse Angelegenheiten (Diyanet). Als konkrete Problemfelder für die nichtsunnitischen Minderheiten nennt der Beitrag den Religionsunterricht und den Kirchenbesitz. Auch Alltagsdiskriminierungen spielten eine wichtige Rolle.

KRAUSE, JOACHIM. Strukturprobleme der Demokratien zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29–30/98 (Juli 1998), S. 16–23.

Krause legt eine nüchterne Analyse der Diskussion um die Krise der westlichen, liberalen Repräsentativdemokratien vor. Schon die Auseinandersetzung mit der Demokratietheorie lasse eine gewisse Konstanz von Strukturproblemen, prinzipieller Widersprüche und Unzulänglichkeiten erkennen. In Krisenzeiten allerdings verstärkten diese die aktuellen Probleme und könnten eine die Demokratie insgesamt gefährdende Dynamik befördern. Die heutige Krise der Demokratie sei durch das Zusammentreffen altbekannter und neuer Strukturprobleme liberaler Demokratien mit der Krise des modernen Wohlfahrtsstaates charakterisiert. Krause konzentriert sich in seiner Skizze dabei auf drei aktuelle, sich gegenseitig verstärkende Kernprobleme: den „Verlust des Politischen“, die strukturelle Verschuldung der Haushalte und das wachsende Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber der „politischen Klasse“. Verschärft werde diese Doppelkrise durch allgemein mit dem unglücklichen Schlagwort „Globalisierung“ umschriebene, Segen und Gefahr zugleich bedeutende Prozesse: die Internationalisierung von Märkten und die Diffusion nationaler Gesellschaften durch Wanderung, Kommunikation und Verkehr. Für den Ausweg aus dieser Krise gebe es keine Patentrezepte, wichtig sei jedoch, daß die genannten drei Kernprobleme „politisch direkt“ angegangen würden. Vor allem aber müßten die liberalen Demokratien lernen, in qualitativ neuer Art und Weise international zu kooperieren.